



Rezension der Publikation: Marta Polsakiewicz, *Warschau im Ersten Weltkrieg. Deutsche Besatzungspolitik zwischen kultureller Autonomie und wirtschaftlicher Ausbeutung*, Marburg: Herder-Institut 2015, ISBN 978-3-87969-402-0

Rezension von: Dr. Frank Grelka
Redaktionell betreut von: Pascale Mannert M.A.
Erscheinungsdatum: 19.05.2017
DOI: 10.11584/opus4-947

Einhundert Jahre nachdem die polnische Hauptstadt im August 1915 Verwaltungssitz und Namensgeberin des Generalgouvernements Warschau wurde, legt Marta Polsakiewicz eine kompakte und gut lesbare Studie zur Geschichte Warschaus über den gesamten Zeitraum des Ersten Weltkriegs vor. Begrüßenswert ist die Arbeit, die aus einer Dissertation an der Europa-Universität Viadrina hervorging, schon deshalb, weil Untersuchungen zu Besatzungspraktiken in urbanen Zentren Ostmitteleuropas Ausnahmeerscheinungen sind. Das Generalgouvernement Warschau (GG) war deutsch besetztes Gebiet im Ersten Weltkrieg, das die früher russischen Gouvernements Kalisch/Kalisz, Petrikau/Piotrków Trybunalski, Plock/Płock, Siedlce und Warschau/Warszawa umfasste. Es grenzte im Westen und Norden an das Deutsche Reich; die Grenze zum k. u. k. Militärgeneralgouvernement Lublin bildete im Süden die Pilica, im Südosten die Weichsel. Im Osten begann jenseits des Bug das Etappengebiet der deutschen Armeen. Beim Wort „Generalgouvernement“ konnotiert der historisch interessierte Leser zunächst die nationalsozialistische Besatzung Polens unter Hans Frank und die Vernichtung der europäischen Juden in Polen während des Zweiten Weltkriegs. Diese Bezeichnung galt aber auch während des Ersten Weltkriegs für Teile des besetzten Polens. Die deutsche Politik seit 1914 zielte auf eine weitgehende wirtschaftliche Nutzbarmachung des Okkupationsgebiets und auf die Rekrutierung von Soldaten für die eigenen Truppen ab. Polsakiewicz formuliert darüber hinausgehend zur deutschen Besatzungspolitik zwei Leitgedanken: Der Wechsel von russischer zu deutscher Herrschaft habe das „Gesicht der Metropole nachhaltig“ sozial und administrativ gewandelt (S. 2), außerdem sei Warschau vor dem Hintergrund anderer Besatzungsgebiete aus Sicht der Okkupanten ein „Sonderfall“ deutscher Besatzungspolitik gewesen (S. 3).

Diese Thesen entwickelt die Autorin in vier ihrer Länge und Thematisierungen nach außerordentlich heterogenen Kapiteln. Nach einem Überblick über die in polnischen und deutschen Archiven für diese Studie gesichteten Quellen in der Einleitung folgt im zweiten Kapitel eine überaus kritische Bilanz der 120jährigen russischen Präsenz im Warschauer Generalgouvernement, wie die Region am Westrand des Zarenreichs auch genannt wurde. Man könne, so die Verfasserin, die Phase russischer Fremdherrschaft nicht „ausschließlich als modernisierungsverhindernde Unterdrückungsherrschaft bezeichnen“ (S. 19). Indem die Autorin ein betont düsteres Bild reichsrussischer Bürokratie zeichnet, stellt sie sich in einen deutlichen Widerspruch zur neuesten historischen Imperienforschung: So weist schon Malte Rolf in einer akteurszentrierten Arbeit darauf hin, dass die städtische Verwaltungselite trotz eines offensichtlichen Desinteresses des petrinschen Zentrums durchaus eine Modernisierung der Stadt vorangetrieben habe. [1] Diese Arbeit geht ebenso wenig auf die genannte Untersuchung ein wie auf eine stadtgeschichtliche Studie, die am jüdischen Beispiel belegt, dass die Warschauer Öffentlichkeit bereits im Zuge der Revolution von 1905 eine entscheidende Weiterentwicklung nahm. [2] Mit Blick auf das Literaturverzeichnis drängt sich der Eindruck auf, dass die Autorin diese und anderen Werke, die nach Einreichung der Qualifikationsschrift erschienen, für die vorliegende Publikation nicht rezipiert hat.

In einer vorwiegend deskriptiven Darstellung, ergänzt von zahlreichen Zitaten verschiedener deutscher und polnischer Akteure, werden im dritten und längsten Abschnitt die wichtigsten Bereiche deutscher Okkupationspolitik abgearbeitet. Dabei hebt die Autorin zutreffenderweise die Richtlinienkompetenz von Generalgouverneur von Beseler als herausragende Figur der deutschen Zivilverwaltung hervor, der direkt vom deutschen Kaiser ernannt wurde und nur ihm unterstand. In diesem Zusammenhang benennt die Verfasserin konkrete Maßnahmen und geht auf Herausforderungen der Besatzungsverwaltung ein. Neben der Etablierung neuer Verwaltungsstrukturen beleuchtet sie beispielsweise die Organisation von Kommunalwahlen, deutschen Initiativen zur Kultur- und Bildungspolitik und geht nicht zuletzt intensiv auf die wirtschaftliche Inanspruchnahme ehemals russischer Territorien durch die deutschen Besatzungsbehörden ein. Diesbezüglich ist die Darstellung überaus faktenreich, jedoch hätte eine deutlicher erkennbare Untersuchungsperspektive dem Leser die Orientierung erleichtert, um belastbare Antworten auf Fragen zu finden wie: Wie konkret

beteiligten die Besatzer lokale und nationale polnische Verwaltungen? Wie ernährten sie die Bevölkerung im Besatzungsgebiet, und wie wurde die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung sichergestellt? Aber auch: Wie kooperierten Berlin, Warschau und die Oberste Heeresleitung, um erobertes Territorium zum eigenen wirtschaftlichen Vorteil im andauernden Zweifrontenkrieg zu nutzen?

Noch im dritten Kapitel überzeugt Polsakiewicz durch eine gründliche Fallstudie zu bildungspolitischen Maßnahmen der deutschen Verwaltung. Mit großer Quellendichte und gestützt auf einen komparativen Ansatz vergleicht die Verfasserin die deutsche Kulturverwaltung im baltischen Verwaltungsgebiet Ober Ost mit dem zivil verwalteten GG und hebt die emanzipatorischen Möglichkeiten der Schulpolitik für Polen und Juden in Warschau hervor. Von einem Sonderfall deutscher Besatzungspraktiken spricht sie im Hinblick auf die Warschauer Universität, die seit 1870 rein russischsprachig war (S. 86 f.). Nachdem die Hochschule bei Kriegsbeginn geschlossen wurde, eröffneten die Deutschen am 15. November 1915 die Warschauer Alma Mater als polnisches Institut wieder. Da sie die einzige Einrichtung ihrer Art im GG war, verschließt sich dem Leser der Mehrwert der „Sonderfall“-These. Das trifft auch auf die folgenden Abschnitte zur Versorgung und landwirtschaftlichen sowie industriellen Nutzung des Besatzungsgebiets zu. So kann es nicht verwundern, dass für die deutsche Verwaltung die Versorgung Warschaus als dem Mittelpunkt deutscher Administration gegenüber der Provinz Priorität hatte (S. 129). In diesem Zusammenhang bleibt die Behauptung, das Deutsche Reich habe mit der kriegswirtschaftlichen Ausnutzung des polnischen Besatzungsgebiets auch eine längerfristige wirtschaftliche Schwächung des Landes angestrebt, ohne überzeugenden Beleg. Dass Berlin Polen als einen Vasallenstaat anzubinden versuchte, um die Konkurrenz einer polnischen Industrie auszuschalten, erscheint ebenso fragwürdig (S. 135) wie der Satz über „weitreichende Probleme für Polens Wirtschaft und Landwirtschaft in der Nachkriegszeit“ spekulativ (S. 144). Bereits Stephan Lehnstaedt hat zeigen können, dass deutsche Maßnahmen einen vor allem provisorischen und in Bezug auf die wirtschaftliche Nutzbarmachung des Landes *ad-hoc*-Charakter hatten. [3] Das kann angesichts des andauernden Weltkriegs und trotz der Zwei-Kaiserproklamation zur Wiedererstehung des polnischen Staates nicht verwundern. So war während der untersuchten Periode weder die Konsolidierung eines polnischen Nationalstaats noch der völlige Zusammenbruch der Großreiche für die Zeitgenossen absehbar.

Im vierten Abschnitt beschreibt die Verfasserin die Gründung des Königreichs Polen und die Aufstellung einer provisorischen polnischen Regierung (Tymczasowa Rada Stanu) sowie die Umstrukturierung jüdischer Synagogengemeinden zu Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts. Diese neu geschaffenen einheimischen Organe sollten die Selbständigkeit des Landes aus der Sicht der beiden größten Bevölkerungsgruppen vorbereiten. Im Einklang mit der bisherigen Forschung zum Thema bringt Polsakiewicz zum Ausdruck, dass die Organe nur über sehr eingeschränkte Befugnisse verfügten und weitgehend von den Besatzern abhängig waren, ohne echte Kompetenzen ausüben zu dürfen. Schließlich verweist sie in einem letzten Abschnitt dieses Kapitels auf die Interdependenzen zwischen der deutschen Verwaltung in Polen und der militärischen Gesamtlage auf der einen sowie dem internationalen Aushandlungsprozess zur „polnischen Frage“ auf der anderen Seite.

Daran anschließend behandelt das vierte Kapitel das letzte Kriegsjahr und den Zusammenbruch deutscher Herrschaft in Polen. Die Autorin knüpft hier an ihre Leitfrage an, ob die deutsche Herrschaft im Generalgouvernement eher von kolonial-imperialen Nachhaltigkeitsstrategien oder von Eroberungsgedanken im Hinblick auf Polen als Teil eines Mitteleuropas unter deutscher Hegemonie bestimmt war (S. 144). In diesem Zusammenhang spricht Polsakiewicz positiv von einer „potentiell zukunftsweisenden Polenpolitik“ der deutschen Besatzer (S. 214) und suggeriert eine vermeintliche Überwindung der Teilungen Polens durch die imperiale Politik Berlins. Zu den Indizien, die Polsakiewicz für eine im Vergleich zur reichsrussischen liberaleren deutschen Bürokratie anführt, gehören der Aufbau der polnischen Industrie und Wirtschaft, eine Öffnung der Warschauer Zivilgesellschaft im Hinblick auf kommunalpolitische Partizipation und die Schaffung einer einheimischen Presselandschaft (S. 68). Insgesamt sei es den deutschen Besatzern gelungen, so die Verfasserin, „[...] der Bevölkerung des Generalgouvernements Warschau Raum für ihre kulturelle und damit auch nationale Entfaltung zuzugestehen“ (S. 93). Ob eine administrative und soziale Transformation Warschaus in Zeiten der Kriegswirtschaft konzeptionell wirklich im deutschen Interesse war, bleibt fragwürdig, weil Polsakiewicz solche Konzepte in ihrem Band nicht belegen kann. Insofern wirkt die überaus negative Bewertung der russischen Administration im Gegensatz zu einer „Bereicherung“ durch die deutsche Besatzungspolitik (S. 222) teilweise deterministisch. Relativierend spricht Polsakiewicz von einer „Politik der Zugeständnisse“ und eines im „Gegensatz zur russischen Teilungsmacht höheren Maßes an Großzügigkeit“. Darin habe auch eine Besonderheit Warschaus im Vergleich zu anderen deutschen Okkupationsgebieten im Ersten Weltkrieg gelegen (S. 145 f.).

Insgesamt bietet die vorliegende Monographie eine solide Überblicksdarstellung zu den zentralen Figuren und Ereignissen der Politik des deutschen Kaiserreichs in Polen während des Ersten Weltkrieges. Der sorgfältig edierte Band fasst somit viele Aspekte deutscher Besatzungspolitik in Polen im Ersten Weltkrieg zusammen und liefert vor allem zu den Bereichen der Kultur- und Bildungspolitik neue Forschungsergebnisse. Ein gründlicherer Vergleich einzelner Akteure und weiterer Aspekte des Übergangs von etablierter reichsrussischer zu provisorischer reichsdeutscher Herrschaft bleibt jedoch weiterhin ein Forschungsdesiderat.

[1] Malte Rolf: Imperiale Herrschaft im Weichselland. Das Königreich Polen im Russischen Imperium (1864-1915), München 2014.

[2] Scott Ury: *Barricades and Banners. The Revolution of 1905 and the Transformation of Warsaw Jewry*, Stanford: Stanford University Press 2012.

[3] Stephan Lehnstaedt: Two Kinds of Occupation? German and Austro-Hungarian Economic Policy in Congress Poland, 1915–1918, in: Joachim Bürgschwentner, Matthias Egger, Gunda Barth-Scalmani (Hg.): Other Fronts, Other Wars? First World War Studies on the Eve of the Centennial, Leiden-Boston: Brill 2014 (History of Warfare, Bd. 100), S. 197–217.

Diese Rezension erschien ursprünglich auf www.pol-int.org.